

**Tagesordnungspunkt 1: Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) (Drucksache 16/9900), Einzelplan 14 Bundesministerium der Verteidigung 17. September 2008**

Dr. Stephan Eisel

- (A) fisch nicht zu Europa zu gehören, ist keine Diskriminierung. Das gilt auch für die Türkei. Wer nicht auf dem europäischen Kontinent liegt, hat keinen Anspruch auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union, sehr wohl aber auf freundschaftliche Nachbarschaft und bei gleichem Wertefundament auch auf privilegierte Partnerschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In diametralem Gegensatz zu dieser freundlichen Nachbarschaft steht die völkerrechtswidrige russische Militärintervention in Georgien. Man kann durchaus Kritik an der georgischen Regierung üben. Aber nichts an ihrem Verhalten rechtfertigt, dass russische Truppen in Georgien einmarschiert sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es war wichtig, dass die EU darauf einheitlich reagiert hat. Wir sollten wirklich besorgt sein, welche Motivation hinter diesem Schritt der russischen Regierung stand. An dieser Stelle möchte ich in Erinnerung rufen, was Wladimir Putin in seiner Rede zur Lage der Nation am 25. April 2005 gesagt hat – ich zitiere –:

Der Zusammenbruch der Sowjetunion war geopolitisch die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts.

Was ist das eigentlich für ein Geschichtsbild? In diesem Jahrhundert sind andere Katastrophen geschehen. Der Zusammenbruch der Sowjetunion war gar keine Katastrophe, sondern eröffnete die Chance auf Freiheit und Demokratie, die Michail Gorbatschow und Boris Jelzin ergriffen haben. Ich bedaure sehr, dass die innere Entwicklung Russlands nun wieder hin zu mehr Autokratie geht.

- (B)

Wir Deutsche sollten die Sorgen der Nachbarn Russlands ernst nehmen und dürfen ihre Erfahrungen nicht geringachten. Wenn es darum geht, wie man innerhalb der Europäischen Union mit diesem Thema umgeht, ist wichtig, dass sich die Europäische Union einig ist. Allerdings muss man immer das Ziel im Blick haben, wofür diese Einigkeit besteht. Wir müssen das Gewicht der Europäischen Union für Demokratie und Achtung des Völkerrechts in der Welt einsetzen. Wenn wir uns nicht auch nach außen für die Werte, die bei uns im Innern gelten, einsetzen, dann relativieren wir ihre Bindungskraft auch in unseren Gesellschaften.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor.

Wir kommen jetzt zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung, Einzelplan 14.

Als erster Redner hat der Bundesminister Dr. Franz Josef Jung das Wort.

Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung: (C)

Hehr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine angemessene **Finanzausstattung der Bundeswehr** ist Grundvoraussetzung für die Einsatzfähigkeit und die Leistungsfähigkeit unserer Armee und damit Grundvoraussetzung für die Gewährleistung von Sicherheit sowie von Frieden und Freiheit der Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb ist es notwendig und richtig, dass wir der Bundeswehr mit diesem Haushalt die finanzielle Unterstützung geben, die sie braucht, um ihren Auftrag auch in Zukunft optimal erfüllen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, ich hatte während der Sommerpause die Gelegenheit, an 35 Standorten in Deutschland und auch in Afghanistan Truppenbesuche durchzuführen und mich davon zu überzeugen, wie gut ausgebildet, wie gut ausgerüstet und wie gut motiviert unsere Soldatinnen und Soldaten sind. Ich denke, es ist notwendig, dass wir die finanziellen Grundlagen schaffen, um diesen Zustand aufrechterhalten zu können.

Da häufig darauf hingewiesen wird, dass die Mittel des Verteidigungshaushaltes wieder erhöht werden, möchte ich unterstreichen, dass auch die **Aufgaben der Bundeswehr** gestiegen sind. Ich möchte an Folgendes erinnern: Im Rahmen des Afghanistan-Einsatzes hat Deutschland die Luftaufklärung für Gesamtafghanistan übernommen und ist für Tornadoeinsätze zuständig sowie für die schnelle Einsatztruppe im Norden des Landes, die Quick Reaction Force. Außerdem wollen wir unsere Ausbildungsanstrengungen erheblich verstärken.

Wie Sie wissen, ist Deutschland auch auf dem Balkan mit dem größten Kontingent vertreten. Neu hinzugekommen sind das UNIFIL-Mandat vor der Küste des Libanon – darüber haben wir bereits gestern gesprochen, und darüber werden wir auch heute noch diskutieren –, UNMIS und UNAMID, die Einsätze im Sudan und in Darfur. Darüber hinaus leisten wir im Rahmen der Operation Enduring Freedom am Horn von Afrika einen Beitrag. Vor uns liegt noch ein Mandat zur Pirateriebekämpfung, über das auf europäischer Ebene noch diskutiert wird.

Man muss ehrlich miteinander umgehen und feststellen: Weitere Aufgaben im Interesse der Sicherheit unseres Landes erfordern auch weitere finanzielle Unterstützung. Nur dann können unsere Soldatinnen und Soldaten ihre Aufgaben optimal erfüllen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, hierbei geht es auch darum, dass wir immer wieder aktualisieren, was die Frage des Schutzes im Bereich der Ausrüstung für unsere Soldatinnen und Soldaten ausmacht. Wir haben derzeit 700 geschützte Fahrzeuge in Afghanistan. Zudem haben wir die Aufklärung verstärkt. Außerdem haben wir die technischen Mittel verstärkt. Wir haben Planungen, die beispielsweise einen zusätzlichen Schutz für die Feldlager einbeziehen.

(D)

Bundesminister Dr. Franz Josef Jung

- (A) Ich halte es für notwendig und wichtig, dass, wenn wir Soldatinnen und Soldaten in unserem Auftrag, im Auftrag des Deutschen Bundestages, in riskante Auslandseinsätze entsenden, wir ihnen auch den optimalen Schutz mitgeben, um diesen Auftrag erfüllen zu können. Deshalb werden wir uns weiterhin finanziell engagieren, um diesen Schutz für unsere Soldatinnen und Soldaten immer wieder zu optimieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch eine Bemerkung zu der aktuellen Situation in Afghanistan machen. Es ist unbestritten, dass sich die Sicherheitslage verschärft hat. Auf der anderen Seite darf man aber nicht verkennen, welche zusätzlichen Aktivitäten die Bundesregierung im Hinblick auf den zivilen Wiederaufbau vorgenommen hat. Ursprünglich hatten wir 80 Millionen Euro vorgesehen. Mit der Pariser Konferenz sind es 140 Millionen Euro geworden. Im Zusammenhang mit dem Afghanistan-Konzept haben wir zusätzliche 30 Millionen Euro unter dem Aspekt der Nahrungsmittelversorgung vorgesehen. Insgesamt sind also 170 Millionen Euro eingeplant.

Ich halte es für notwendig und wichtig, dass wir insbesondere im Rahmen unserer regionalen Verantwortung diese zivilen Wiederaufbauprojekte weiter vorantreiben können. Im Norden Afghanistans haben wir über 800 Projekte umgesetzt. Energieversorgung, Wasserversorgung, Infrastruktur, Straßenbau, Schulen, Kindergärten und medizinische Versorgung, all das sind entscheidende Punkte, um das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen.

- (B) Deshalb sage ich noch einmal: Wir brauchen keinen Strategiewechsel, sondern wir müssen unsere Strategie der vernetzten Sicherheit im gesamten Land Afghanistan umsetzen. Was wir beim NATO-Gipfel gemeinsam erreicht und vereinbart haben – in der NATO-Sprache heißt dies Comprehensive Approach, also umfassender Ansatz –, muss in Afghanistan umgesetzt werden. Außerdem muss die Ausbildung weiter vorangetrieben werden, damit Afghanistan selbst in der Lage ist, für seine Sicherheit zu sorgen. Dann werden wir aus meiner Sicht auf dem Weg, der kein einfacher ist, in Afghanistan letztlich erfolgreich sein. Auch dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, auch das will ich sagen, weil in der Öffentlichkeit oft die Frage nach dem Sinn des Einsatzes gestellt wird. Wir dürfen nicht vergessen, dass sich die Bedrohungslagen für unser Land erheblich verändert haben. Wir haben den Kalten Krieg zum Glück überwunden. Wir haben aber die neuen Bedrohungslagen durch den internationalen Terrorismus, durch Massenvernichtungswaffen, durch Krisensituationen und durch Staatsverfall.

Meine Damen und Herren, die Anschläge des 11. September 2001 in New York und Washington – wir haben ihrer vor wenigen Tagen gedacht – sind von afghanischem Boden ausgegangen. Afghanistan war das Ausbildungszentrum für den Terrorismus. Deshalb ist es we-

sentlich klüger, die Gefahr an der Quelle zu beseitigen, wo die Risiken entstehen, als wenn sie in viel größerer Dimension unser eigenes Land betreffen. Deshalb ist es im Interesse der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger, wenn wir uns in Afghanistan engagieren, um derartige terroristische Entwicklungen auch für unser Land in Zukunft zurückzudrängen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen weiteren Aspekt vortragen. Ich denke, dass es wichtig und notwendig ist, dass wir trotz der Haushaltskonsolidierung im Rahmen dieses Etats 1,6 Milliarden Euro mehr bekommen. Damit haben wir die Chance, die Tarifvereinbarungen des Jahres 2008/2009 für unsere Soldatinnen und Soldaten umzusetzen. Ich denke, auch das ist ein wichtiger Punkt; denn die Mehrheit unserer Soldatinnen und Soldaten ist in den unteren Gehaltsgruppen eingestuft. Ich kann nicht immer Einsatzfähigkeit und Leistungsfähigkeit verlangen, ihnen aber nicht die finanzielle Unterstützung zuteilwerden lassen, die notwendig ist, um entsprechende – auch materielle – Voraussetzungen zu erfüllen. Deshalb bin ich dankbar dafür, dass wir diesen Tarifvertrag auch und gerade mit Unterstützung dieses Parlaments für unsere Soldatinnen und Soldaten umsetzen können.

Ich füge ein Zweites hinzu: Ich finde, wir haben – das wird oft zu wenig registriert – die Integration zweier gegeneinander ausgebildeter Armeen in die *eine* Bundeswehr für die Bundesrepublik Deutschland in hervorragender Art und Weise erreicht. Deshalb ist es gut, dass jetzt die Angleichung der Ost- an die Westbesoldung im Interesse der Soldatinnen und Soldaten möglich ist. Wir haben eine Armee der Einheit, und ab jetzt gibt es auch nur noch eine Besoldung. Ich denke, dies ist der richtige Weg – auch im Hinblick auf die Integration innerhalb der Bundeswehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Dr. Werner Hoyer [FDP]: Sehr spät, aber immerhin!)

Ich will ein Weiteres hinzufügen: Wir haben mit dem Kasernensanierungsprogramm West, wie ich finde, einen entscheidenden Schritt hin zur Verbesserung der Unterkunftssituation für unsere Soldatinnen und Soldaten getan. In den beiden Jahren 2008 und 2009 werden wir immerhin rund 300 Millionen Euro investieren. Wir haben 900 Bauprojekte in Angriff genommen. Ich denke, dass auch dies ein wichtiger Punkt ist. Wir müssen auch die sozialen Rahmenbedingungen so gestalten, dass wir, wenn wir von den Soldatinnen und Soldaten Einsatzfähigkeit und Leistungsfähigkeit verlangen, ihnen auch eine adäquate Unterkunftsmöglichkeit zur Verfügung stellen können. Deshalb ist es notwendig, dieses Kasernensanierungsprogramm West weiterhin zu forcieren und umzusetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich kann das fortführen: Ein ganz wichtiger Punkt war die Umsetzung des Einsatz-Weiterverwendungs-

(C)

(D)

Bundesminister Dr. Franz Josef Jung

- (A) Noch in dieser Legislaturperiode wird das **Ehrenmal** realisiert. Ich denke, dass es richtig und notwendig ist, dass denjenigen, die im Einsatz für die Bundeswehr ihr Leben lassen mussten, ein würdiges und ehrendes Andenken gewahrt wird. Deshalb werden wir in dieser Legislaturperiode das Ehrenmal errichten. Ich denke, auch damit leisten wir einen wichtigen Beitrag, um denjenigen, die im Einsatz für unsere Sicherheit ihr Leben gelassen haben, auch in Zukunft ein ehrendes und würdiges Andenken bewahren zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit Blick auf die Uhr möchte ich nur noch schlagwortartig sagen: Wir setzen das Programm Familie und Dienst um und beschäftigen uns weiterhin mit dem Thema Kinderbetreuung. Mittlerweile tun 15 000 Soldatinnen innerhalb der Bundeswehr ihren Dienst. Auch dieses Thema ist weiter voranzutreiben. Dies bedarf natürlich auch einer finanziellen Unterstützung.

Die Ausstattung mit dem entsprechenden Ausrüstungsmaterial ist ein wichtiger Punkt – auch unter den Aspekten Erhaltung der wehrtechnischen Industrie und der Arbeitsplätze in Deutschland. Wir erhöhen die Investitionen weiter und versuchen, den Personalanteil weiter zu reduzieren. Wir liegen jetzt bei 39 Prozent, womit wir, so glaube ich, in die richtige Richtung gehen.

Zusammengefasst denke ich, dass die Bundeswehr mit diesem Haushalt die finanzielle Grundlage erhält, die sie braucht, um ihren Beitrag für Sicherheit, Frieden und Freiheit im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland auch weiterhin leisten zu können.

- (B)

Haben Sie recht herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Elke Hoff von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Elke Hoff (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Mit dem Haushalt, über dessen Entwurf wir heute debattieren, wird eine Legislaturperiode beendet, die von sehr großen und sehr schwierigen **Herausforderungen** an die Bundeswehr geprägt ist: Auf der einen Seite sind die Auslandseinsätze der Bundeswehr zur größten Herausforderung geworden, und auf der anderen Seite stellt der marode Zustand der Infrastruktur hier zu Hause eine Dauerbelastung für den Haushalt dar, der der Minister aufgrund der vorgelegten Zahlen auch mit seiner Ankündigung, sich diesem Thema jetzt besonders zu widmen, leider nicht wirksam begegnen kann. Auch die Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr wird zu einem politischen Dauerbrenner.

Sehr geehrter Herr Minister, leider ist Ihre Bilanz der bisherigen Amtszeit eher nüchtern. Das vielgepriesene

Weißbuch gerät in den Schubladen Ihres Hauses zunehmend in Vergessenheit. Beim Ehrenmal für unsere toten Soldatinnen und Soldaten wird die Tatsache ignoriert, dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist. Die Geisterdebatte über den potenziellen Abschuss entführter Passagierflugzeuge hat die Bundeswehripiloten nachhaltig verunsichert. Das uneingeschränkte Fortschreiben der Beschaffung unnötiger Großprojekte beraubt die Bundeswehr all derjenigen finanziellen Spielräume, die sie zur Beschaffung der im Einsatz dringend benötigten Ausrüstung braucht. All das sind Ecksteine Ihrer Handlung als Minister.

(Beifall bei der FDP)

Wenn sich heute über 40 Prozent der aktiven Berufssoldaten nicht mehr für den Soldatenberuf entscheiden würden, müssten in Ihrem Haus eigentlich sämtliche Alarmglocken schrillen. Doch diese Alarmsignale werden entweder schöneredet oder ignoriert. Die tragischen Ereignisse der letzten Wochen haben leider, aber auch mit Recht die öffentliche Diskussion wieder darüber angeheizt, wie die tödlichen Gefahren für unsere Soldatinnen und Soldaten im Einsatz auf ein Mindestmaß reduziert werden können.

Zu Beginn dieser Legislaturperiode haben wir aus Ihrem Hause immer wieder gehört, dass beispielsweise das **Geländefahrzeug Wolf** auch in der geschützten Variante nicht den Erfordernissen des Afghanistan-Einsatzes genügt und daher schnellstmöglich durch ein besseres und geeigneteres Fahrzeug ersetzt werden müsste. Es wurde damals in Aussicht gestellt, dass dies schon 2007 geschehen sollte. Doch was ist bis heute tatsächlich geschehen? Sie haben in Ihrem Hause einen Wettbewerb zur Auswahl eines geeigneten Fahrzeuges beenden müssen, weil die aufgestellten technischen Kriterien nicht erfüllt werden konnten. Der verzögerte Zulauf dieser wichtigen oder sogar wichtigsten Fahrzeugklasse im Einsatz wird jetzt mindestens bis in das Jahr 2010 auf sich warten lassen.

- (D)

Sie haben heute bereits versucht, die zusätzlichen 1,6 Milliarden Euro im Verteidigungshaushalt als Erfolg zu verkaufen. Leider werden Sie durch diesen Zugewinn nicht einen einzigen Euro zusätzlichen Spielraum für dringend notwendige neue Projekte erhalten. Allein die gestiegenen Personalausgaben in Höhe von rund 800 Millionen Euro, die zusätzlichen Ausgaben für die Fregatte 125, für SATCOM Bw, für die Flugbereitschaft der Bundesregierung, für den A400M und die Preisfortschreibungen bei anderen Vorhaben zehren diesen Spielraum auf, ohne dass dringend benötigte Projekte, wie beispielsweise Geräte zur Freund-Feind-Erkennung oder dringend benötigte zusätzliche Transporthubschrauber, darstellbar wären.

Sie könnten dies ändern, wenn Sie endlich die Fehler der Vergangenheit korrigieren würden, statt sie weiter fortzuschreiben. Beispielsweise sollten Sie schleunigst aus dem **Projekt MEADS** aussteigen, bevor daraus ein neues Milliardengrab von zweifelhaftem Nutzen wird. Bis heute sind bereits 600 Millionen Euro Steuergelder ausgegeben worden, ohne dass dieses Projekt einen erkennbaren Fortschritt angenommen hätte. Viel schlim-